

E 003 DGB-Bundesjugendausschuss

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Erledigt durch Antrag E 001

DGB gegen extrem Rechte - Für ein Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und zu den im Grundgesetz verankerten Menschenrechten. Als Gewerkschafter/-innen werden wir mit aller Kraft gegen rechtsradikale Meinungen und Äußerungen sowie gegen jede Form von Gewalt vorgehen.

Die entsprechenden Gremien werden aufgefordert, sich im stärkeren Maße gegen extrem Rechte einzusetzen. Dies soll neben Aufklärungsarbeit in den Gremien auch öffentlichkeitswirksame Aktionen initiieren und unterstützen sowie Seminare beinhalten, welche sich den unterschiedlichen Facetten aktueller und hintergründiger rechter 'Kultur' widmen. Zudem muss nach Möglichkeit auf den Seminaren des DGB und der Gewerkschaften über die sogenannte extrem Rechte informiert werden. Auch wenn es oftmals nur Gedankenanstöße sind, die eine starke Meinung der Mitgliedsgewerkschaften aufbauen, so stärkt ständiges Aufrütteln der Gesellschaft den Zusammenhalt wesentlich mehr als einzeln verstreute Aktionen zu besonderen Anlässen.

Der Weg gegen extrem Rechte ist gemeinsam zu gestalten, und hierfür sind alle entsprechenden Gremien aufgefordert, sich nach bestem Wissen und Gewissen einzusetzen. Besonders aufgrund der Tatsache, dass die extrem Rechte immer mehr nicht nur die offensichtlichen und lange bekannten Wege nimmt und sich zu erkennen gibt, müssen auf allen Ebenen Dialoge gestartet oder fortgesetzt werden. Es gilt, Medienkompetenz auszubauen, um fair und geschichtlich korrekt darzustellen. Es gilt zu informieren, um über aktuelle Vorgänge informiert zu sein und gegen diese friedlich handeln zu können. Es gilt aufzuklären, um Taten vorzubeugen und die Demokratie zu sichern. Es gilt, über Mitarbeit Mitglieder und Bürger einzubinden und zu begeistern, dass gerade die Gewerkschaften eine Alternative für Freizeitgestaltung und Zusammenhalt sein können. Es gilt aufzustehen und sich einzusetzen, um keinen Nährboden für extrem rechtes Gedankengut der 'ewig Gestrigen' zu bieten und unterschwelligen Tendenzen entgegenzutreten.

Der DGB setzt sich für die konsequente Ausschöpfung aller demokratischen Mittel zur Bekämpfung der neofaschistischen Bedrohung in der Bundesrepublik ein.

Als ersten Schritt unterstützt er die Kampagne "NPD Verbot-jetzt" und fordert die Bundesregierung auf, ein neues Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands gemäß Art. 21(2) GG einzuleiten. Damit verbunden ist die Einziehung des Parteivermögens. Der DGB fordert, dass die staatlichen Organe bei der Verfolgung und Bekämpfung aller neofaschistischen Organisationen, d. h. auch der Freien Kameradschaften, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen.